

Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus einer früheren Sitzung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	17.05.2018

Gewalt in der Pflege

Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück im Ausschuss für Soziales und Senioren (TOP 11.3 vom 14.12.2017)

SE Herr Dr. Dr. Mück macht darauf aufmerksam, dass es ein Thema gibt, über welches kaum gesprochen werde und daher auch wenig bekannt sei. Es geht um das Thema „Gewalt in der ambulanten Pflege“ Hiermit sei nicht nur körperliche Gewalt gemeint, sondern auch psychische Gewalt. Hierzu gebe es momentan nur wenige Untersuchungen. Experten gehen jedoch davon aus, dass es in einem beachtlichen Ausmaß zu den geschilderten Gewaltanwendungen komme. Während die Gesellschaft für Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlicher immer sensibler werde und es bei den Jugendämtern zuständige Sachbearbeiter gebe, werde das Thema Gewalt gegenüber Pflegebedürftigen, insbesondere im ambulanten Bereich weitestgehend ignoriert. Er fragt daher, ob sich die Stadt Köln vorstellen könne, eine Anlauf- und Beratungsstelle zum Thema Gewalt in der ambulanten Pflege einzurichten oder deren Einrichtung zumindest zu fördern.

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen in der ambulanten Pflege ist häufig ein Ausdruck von Überforderung, Hilflosigkeit, Unwissenheit und beruht zum Teil auf nicht gewollten Abhängigkeiten. Wichtig ist, je mehr Menschen teilhaben an der Pflege und Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf zu Hause, je eher werden Gewaltsignale und -erfahrungen in der Pflege wahrgenommen und thematisiert.

Eine zusätzliche Anlauf- und Beratungsstelle in Köln ist aus der Sicht der Sozialverwaltung nicht erforderlich, da das Kölner Beratungssystem mit seinen Seniorenberatungsstellen, mit telefonischen Beratungsangeboten, der Heimaufsicht und dem Fachdienst für Pflegebedürftige vielfältige Möglichkeiten als Anlaufstelle für Beschwerden und Auffälligkeiten bietet.

Das Amt für Soziales und Senioren und das Gesundheitsamt arbeiten seit langem gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden sowie den Seniorenvertreterinnen und -vertretern an diesem Thema und haben ein umfangreiches Netz der Prävention und Hilfe aufgebaut:

Bereits 1997 hat die Sozialverwaltung einen Fachdienst für Pflegebedürftige installiert, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über eine Doppelqualifizierung (Pflege und Sozialarbeit) verfügen. Aufgabe des Fachdienstes ist die Erstellung von individuellen und passgenauen Hilfeplanungen für Menschen, die einen Pflegebedarf haben. Bei Verdachtsmomenten von häuslicher Gewalt, die durch unterschiedliche Quellen wie z.B. durch die Clearingstelle für hilflose Personen (Hilo-Meldungen), durch die Sachbearbeitung im Verwaltungsdienst „Hilfe zur Pflege“ oder durch die Außenstellen des Amtes für Soziales und Senioren an den Fachdienst herangetragen werden, wird er standardmäßig aktiv. Konkret heißt das, es wird ein Hausbesuch durchgeführt und wenn nötig Unterstützung durch professionelle Hilfe initiiert. Dies kann durch Einsatz eines Pflegedienstes oder eines Entlastungsdienstes für Angehörige von somatisch erkrankten Pflegebedürftige oder durch Entlastungsdienste für demen-

tiell erkrankte Pflegebedürftige erfolgen. Unter Umständen ist die Anregung einer gesetzlichen Betreuung ein zusätzliches Mittel zur Unterstützung von Angehörigen und Betroffenen selbst.

Weitere Maßnahmen der kommunalen Seniorenarbeit sind die in den Stadtbezirk wirkenden Programme: Seniorenberatung, SeniorenNetzwerke, Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen, haushaltsnahe Dienstleistungen und Präventive Hausbesuche. Darüber hinaus unterstützen selbstorganisierte SeniorenNetzwerke Seniorinnen und Senioren dabei, ein persönliches Netzwerk im Stadtteil aufzubauen. Mit der Seniorenberatung in den Stadtbezirken stehen älteren Menschen mit Unterstützungsbedarf professionelle Beraterinnen und Berater für alle Fragen des Alters zur Verfügung. Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen haben die Aufgabe, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zur Entlastung der betroffenen Familien zu gewinnen, zu schulen, einzusetzen und zu begleiten. Ziel der Arbeit ist die Erhaltung der Pflegebereitschaft in der Familie und Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen und Überlastungen zu vermeiden.

Unter **drei Telefonnummern der Stadt Köln** kann eine qualifizierte Beratung erreicht werden, die an entsprechende notwendige Stellen weiterleiten können:

- das Beratungstelefon, das unter vielen Kölner Bürgern sehr bekannt ist mit der Telefonnummer 2 21–2 74 00;
- die Clearingstelle für hilflose Personen (Hilo-Meldungen) mit der Telefonnummer 2 21–2 44 44, wenn in der Nachbarschaft jemand aufgefallen ist, der verwirrt, vernachlässigt und hilfebedürftig erscheint und
- das zentrale Bürgertelefon mit der Telefonnummer 115.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Beratungsangebote, die im „Wegweiser – Gut informiert älter werden“, einer Sonderausgabe von KölnerLeben, verzeichnet sind. Die Internet-Seite www.koelnerleben.koeln

Auch **überregionale Beratungsstellen zum Thema Gewalt** in der Pflege sind in Köln ansässig und ansprechbar:

- Medizinischer Dienst der Krankenkassen, 50676 Köln, Cäcilienkloster 6, Telefon: 02 21/16 06 50
- KoNAP-KompetenzNetz Angehörigenunterstützung und Pflegeberatung NRW, 51065 Köln, Steinkopfstraße 2, Telefon: 02 21/76 58 42 oder konap@gesundheitsladen-koeln.de

Das **bundesweite Krisentelefon Pflege in Not mit Sitz in Brandenburg** mit der Telefonnummer 08 00/2 65 55 66 ist rund um die Uhr verfügbar. Auf der dazu veröffentlichten Internetseite unter www.pflege-gewalt.de sind wertvolle Tipps zur Vorbeugung von Gewalt und Vermeidungsstrategien zu finden.

Wichtig ist aus Sicht der Sozialverwaltung, dass bei allen, die mit ambulanten Pflegediensten, pflegenden Angehörigen oder Pflegebedürftigen in Kontakt kommen, ob beruflich oder privat, ein Bewusstsein und eine hohe Sensibilität für das Thema Gewalt in der Pflege geschaffen wird und es kein Tabuthema ist. Die Seniorenvertretung ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Multiplikator.

Gez. Dr. Rau